

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 33 (1941)
Heft: 1

Artikel: Die Wirtschaft der Schweiz im heutigen Europa
Autor: Weber, Max
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-353012>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

GEWERKSCHAFTLICHE RUNDSCHAU

FÜR DIE SCHWEIZ

*Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Beilage „Bildungsarbeit“, Mitteilungsblatt der Schweiz. Arbeiterbildungszentrale*

No. 1

Januar 1941

33. Jahrgang

Die Wirtschaft der Schweiz im heutigen Europa.

Von M a x W e b e r.

Der Kampf zweier politischer Systeme um die Weltherrschaft und die Erfolge, die die deutsche Militärmacht im vergangenen Sommer erzielte, haben der ausländischen und vereinzelt auch der schweizerischen Presse Anlass gegeben, die Frage zu diskutieren, wie sich denn die Schweiz im künftigen Europa einstellen und welches ihr Schicksal sein werde. Diese Frage hat eine geistige, eine politische und eine wirtschaftliche Seite. Mit dem Problem der geistigen und der politischen Einstellung wollen wir uns hier nicht näher befassen. Das ist teilweise geschehen in frühern Artikeln*.

Man darf wohl auch sagen, dass die Entscheidung auf diesem Gebiet durch unser Volk eindeutig im Sinne der

a b s o l u t e n S e l b s t b e h a u p t u n g

gefallen ist. Das bedeutet, dass das Schweizervolk an seiner überlieferten Freiheit und Unabhängigkeit festhalten will, dass es die Entwicklung im Ausland nach wie vor kritisch verfolgt und prüft und ganz selbständig entscheiden will über die Einrichtungen im eigenen Land und die Veränderungen, die daran allenfalls vorzunehmen sind.

Wohl gibt es eine Gruppe von Schweizern, wenn man sie so nennen kann, die bereit wären, unsere geistige und politische Selbständigkeit preiszugeben. Doch es ist eine zahlenmässig ganz bedeutungslose Gruppe — die «Nationale Bewegung der Schweiz» zählte nach offizieller Verlautbarung nicht mehr als 2000 Mitglieder, worunter zahlreiche Jugendliche. Deren staatsfeindliche Propaganda ist jetzt zum Glück untersagt.

Es gibt auch noch eine zweite Gruppe, die nach dem Ausland schiebt und gewisse Anpassungen vornehmen möchte. Es handelt sich vor allem um Leute, die nach dem Zusammenbruch Frankreichs ins Schwanken gerieten und damit bewiesen haben, dass sie keinen eigenen Stand haben. Durch den energischen Widerstandswillen, der sich indessen im ganzen Lande geäußert hat, sind diese Anpassungspolitiker zum Schweigen gebracht worden. Die stark überwiegende Mehrheit des Volkes ist heute mehr denn je auf die Verteidigung der politischen Unabhängigkeit um jeden Preis eingestellt.

Nicht so ganz klar steht es mit der Frage in wirtschaftlicher Beziehung, vor allem deshalb, weil sie, namentlich von Laien, nicht so leicht zu übersehen ist. Doch bevor wir auf das Problem selbst eintreten, soll auf die tatsächlichen Verhältnisse hingewiesen werden und auf die Wendung, die seit einigen Monaten eingetreten ist.

U n s e r e w i r t s c h a f t l i c h e L a g e b i s M a i 1940

war relativ günstig. Das Mittelmeer war vom Kriege noch ganz unberührt, und der Aussenhandel der Schweiz mit den ausser-europäischen Gebieten konnte ohne grosse Behinderung über Italien und teilweise auch über Marseille vor sich gehen. Infolgedessen funktionierte unsere Versorgung befriedigend, und auch der Export hatte wohl mit gewissen Absatzschwierigkeiten, aber nicht mit Transporthindernissen zu kämpfen. Das Ergebnis war eine beträchtliche wertmässige Zunahme der Einfuhr (bei wohl annähernd gleichen Einfuhrmengen) und eine bescheidene Verminderung der Ausfuhr im Vergleich zum Vorjahre.

	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr- überschuss
	in Millionen Franken		
September 1938 bis Mai 1939	1274	1057	217
September 1939 bis Mai 1940	1785	932	853
Veränderung	+ 511	— 125	+ 636

Trotzdem der Einfuhrüberschuss um 636 Millionen Franken zugenommen hatte, waren diese Zahlen vom Standpunkt der Landesversorgung aus betrachtet recht günstig. Die Bezahlung der grossen Importüberschüsse konnte aus dem reichen Gold- und Devisenvorrat der Nationalbank erfolgen.

Mit dem Kriegseintritt Italiens und dem militärischen Zusammenbruch Frankreichs im Juni 1940 hat sich die Lage für unser Land völlig gewandelt. Seither unterliegt der ganze europäische Kontinent mit Einschluss der Schweiz der Blockade durch die britische Flotte. Die Engländer stellen sich auf den Standpunkt, dass sie nur die Waren durchlassen, die wir unbedingt brauchen im Laufe der nächsten Wochen aus der Befürchtung heraus, es könnten grössere Vorräte einmal in die Hände des

Gegners kommen. Unser Land untersteht aber auch der Gegenblockade der Achsenmächte, was insbesondere unsere Ausfuhr nach Grossbritannien und seine Kolonien betrifft.

Daraus ergeben sich

u n g e h e u r e T r a n s p o r t s c h w i e r i g k e i t e n ,

die hier nur mit einigen Hinweisen angedeutet werden können. Einmal ist es notwendig, für unsern Import aus überseeischen Gebieten die Durchfuhrerlaubnis der beiden kriegführenden Mächte zu erhalten, und auch für den Export nach Uebersee bedarf es Verhandlungen mit den beiden Parteien. Die Folge ist vor allem eine **e n o r m e V e r t e u e r u n g** unserer Zufuhr. Zu den **S e e f r a c h t e n**, die auf das Vier- bis Fünffache der Vorkriegszeit angestiegen sind, und zu der Prämie für das **K r i e g s r i s i k o**, die von einem Bruchteil eines Prozentes auf 10 bis 20 Prozent erhöht wurde, kommen gewaltige **L i e g e g e l d e r** für jene Sendungen, die die Blockade nicht glatt passieren können. Dadurch entstehen Preisaufschläge, die beispielsweise auf Weizen im Monat 3 bis 4 Prozent vom Warenpreis ausmachen. Da einzelne Dampfer mehrere Monate zurückgehalten werden, kann man sich die Folgen auf die Preisbildung vorstellen.

Ueberdies hatten wir das Pech, dass die griechischen Dampfer, die das eidgenössische Kriegstransportamt für die Kriegsdauer gemietet hatte, infolge der Kriegsausdehnung auf Griechenland nicht mehr ins Mittelmeer einfahren können. Es muss entweder eine Umladung auf andere Dampfer erfolgen, oder der Transport muss per Bahn erfolgen. Die Bahnlinie von portugiesischen oder spanischen Häfen nach Genf ist aber ungefähr 10mal so lang wie die Strecke Genua-Chiasso. Die Kosten des Transports allein übersteigen in vielen Fällen den Preis der Ware im Ursprungsland. Zudem ist nicht genügend Wagenmaterial vorhanden, und an der spanisch-französischen Grenze ist erneutes Umladen erforderlich wegen der verschiedenen Spurweite der Bahnen.

Im günstigsten Fall haben wir infolge dieser Umstände mit einer starken zusätzlichen Verteuerung der importierten Waren zu rechnen, im ungünstigeren Fall mit einem Rückgang oder gar dem Ausbleiben lebenswichtiger Importe.

Natürlich wird versucht, den Ausfall an überseeischer Zufuhr durch Importe aus Europa (Nahrung insbesondere aus den Balkanstaaten, Rohstoffe aus Deutschland und Russland) auszugleichen. Das ist aber nur zum kleinen Teil möglich und ebenfalls nur zu wesentlich höheren Preisen. Ferner ist auf dem Kontinent infolge allgemeinem Mangel an Eisenbahnwagen ebenfalls mit grossen Transportschwierigkeiten zu rechnen.

Infolge dieser veränderten Lage ist seit Juni eine völlige **U m s t e l l u n g** in unserem **A u s s e n h a n d e l** eingetreten, wie folgende Zahlen belegen:

	Einfuhr in Millionen Franken	Ausfuhr in Millionen Franken	Einfuhrüberschuss
Juni/November 1939	963	611	352
Juni/November 1940	640	631	9
Veränderung	— 323	+ 20	— 343

Die Einfuhr übersteigt diejenige des Vorjahres nicht mehr um 40 Prozent wie in den ersten Kriegsmonaten, sondern sie ist um einen Drittel zurückgegangen, während umgekehrt die Ausfuhr eine allerdings nur geringfügige Steigerung aufweist. An Stelle des grossen Einfuhrüberschusses ist ein Ausgleich der Handelsbilanz, ja in den Monaten August/Oktober sogar ein **Ausfuhrüberschuss**, eingetreten. Obwohl das vom Gesichtspunkt der Zahlungsbilanz aus betrachtet als sehr günstig zu bezeichnen wäre, ist es für unsere Volkswirtschaft alles andere als erfreulich, da die Nahrungsmittel und Rohstoffe, die wir vom Ausland beziehen müssen, immer knapper werden.

Trotzdem die Handelsstatistik nach Ländern nicht mehr veröffentlicht wird, kann man sich unschwer vorstellen, dass auch eine wesentliche Aenderung im Warenverkehr mit einzelnen Ländern stattgefunden hat in dem Sinne, dass der Austausch mit den Ländern auf dem Kontinent zugenommen und derjenige mit Uebersee sich verringert hat. So erfreulich es an und für sich ist, dass der Ausfall im Handel mit den überseeischen und besetzten Ländern teilweise kompensiert werden kann, so darf nicht übersehen werden, dass das eine Einseitigkeit der Wirtschaftsbeziehungen mit sich bringt, die nicht ohne Gefahren ist.

In diese Atmosphäre fallen nun die Einladungen, die in der deutschen Presse schon mehrmals offen ausgesprochen wurden, die Schweiz möge sich an die

k o n t i n e n t a l e G r o s s r a u m w i r t s c h a f t

anschliessen. Ueber die Form, in der das geschehen sollte, sind freilich bisher keine näheren Bemerkungen gefallen.

Zunächst muss, wenn man objektiv sein will, festgestellt werden, dass wir heute noch keineswegs wissen, wie die Wirtschaft Europas nach dem Kriege aussehen wird. Der Ausgang dieses Krieges ist noch völlig ungewiss, und ebenso wenig kennen wir die politischen und wirtschaftlichen Gruppierungen, die sich nachher bilden werden. Die Schweiz kann somit gar keine Stellung nehmen zu einem «neuen Europa», da dieses neue Europa gar nicht besteht und auch nicht bekannt ist. Was wir heute vor uns haben, ist lediglich eine bestimmte Phase des Krieges, die auch zu bedeutsamen wirtschaftlichen Verschiebungen geführt hat. Dass die schweizerische Wirtschaft sich momentan auf diese Lage eingestellt hat, geht, wie bereits erwähnt, aus unserer Handelsstatistik hervor. Von einer grundsätzlichen Aenderung unserer aussenwirtschaftlichen Beziehungen oder unserer Wirtschaftspolitik kann aber deswegen keine Rede sein.

Es sei übrigens daran erinnert, dass im Laufe des letzten Weltkrieges eine ähnliche Lage wie heute entstanden war. Die Mittelmächte hatten 1917/18 einen grossen Teil des europäischen Kontinents besetzt, weniger weit nach Westen wie heute, aber dafür war ihnen der ganze Osten angegliedert, die Balkanstaaten, Kleinasien und grosse Teile Russlands. Auch damals tauchten ähnliche Ideen auf über einen zu schaffenden Wirtschaftsgrossraum; doch einige Zeit nachher war die Lage wieder völlig verändert. Es hat daher auch heute keinen Zweck, sich auseinanderzusetzen mit den theoretischen Möglichkeiten der Wirtschaftsbeziehungen nach dem Kriege, solange diese noch derart im Ungewissen sind.

Es darf auch darauf hingewiesen werden, dass die Pläne für die kontinentale Grossraumwirtschaft in ihrem Ursprungslande, in Deutschland selbst, noch sehr unbestimmt vertreten werden. Aus den bisherigen Äusserungen (einigen Reden und zahlreichen Artikeln in der Presse) ist nicht zu entnehmen, ob an eine Art Zollunion oder an ein Präferenzsystem (Vorzugszölle) der unter Einfluss der Achsenmächte stehenden Ländern gedacht wird. Immerhin scheint klar zu sein, dass man allgemein an einen Wirtschaftsraum denkt, der sich weitgehend selbst versorgen sollte. Dass es jedoch mit dieser Autarkie selbst bei Einschluss sämtlicher Länder auf dem europäischen Kontinent nicht sonderlich gut bestellt ist, geht aus dem Artikel von Keller in dieser Nummer der «Gewerkschaftlichen Rundschau» hervor. Eine umfassende Selbstversorgung wäre jedenfalls nur möglich unter sehr hohen Kosten, das heisst bei Verzicht auf die bessere Lebenshaltung, die bei ausgedehntem Wirtschaftsverkehr mit der übrigen Welt erreichbar wäre.

Neben den praktischen Fragen, die sich in bezug auf eine solche europäische Wirtschaftsgemeinschaft ergeben würden, und die erst erörtert werden könnten, wenn etwas Konkretes und Dauerhaftes vorliegen würde, stellt sich aber die Frage nach der

g r u n d s ä t z l i c h e n E i n s t e l l u n g d e r S c h w e i z .

Da möchten wir ausgehen von der wohl unbestrittenen Tatsache, dass die Schweiz ihren verhältnismässig grossen Wohlstand vor allem dem Umstand zu verdanken hat, dass sie sozusagen mit der ganzen Welt möglichst intensive Wirtschaftsbeziehungen pflegte. Nur so konnte sie sich eine Stellung erarbeiten, die sie in der wirtschaftlichen Rangfolge weit nach vorn gebracht hat.

Ein englischer Volkswirtschaftler, Colin Clark, hat eine wissenschaftliche Untersuchung angestellt über das Volkseinkommen der verschiedenen Länder in den Jahren 1925/1934 und dieses in Beziehung gesetzt mit der Zahl der Erwerbstätigen. Die Untersuchung wurde vor dem Kriege gemacht und ist in einer deutschen Zeitschrift, dem «Weltwirtschaftsarchiv», erschienen, so dass deren Objektivität kaum bestritten werden dürfte. Clark hat die Volkseinkommen umgerechnet auf Dollars amerikanischer Kaufkraft, um

sie vergleichbar zu machen. Nach seiner Arbeit betrug das durchschnittliche Einkommen auf den Kopf der Erwerbstätigen in Dollars:

Vereinigte Staaten	1397	Dänemark	680
Kanada	1380	Deutschland	646
Grossbritannien	1069	Spanien	628
Schweiz	1036	Belgien	600
Neuseeland	1000	Norwegen	539
Australien	952	Tschechoslowakei	455
Niederlande	855	Finnland	380
Schweden	695	Ungarn	359
Frankreich	694	Italien	338

Natürlich muss die Wirtschaftslage der einzelnen Länder zur Zeit der Feststellung des Volkseinkommens in Berücksichtigung gezogen werden. Man wird daher nicht jede Zahl auf die Goldwaage legen können. Aber im grossen und ganzen dürfte die Rangliste einigermassen stimmen und auch mit bisherigen Beobachtungen nicht im Widerspruch stehen.

Es ist wohl kein Zufall, wenn neben den USA Grossbritannien und seine ältesten Kolonien sowie die Niederlande an der Spitze stehen, alles Länder, die durch ihren ausgedehnten Ueberseehandel reich geworden sind. Unter den kontinentalen Ländern ragt die Schweiz hervor, was zweifellos neben der Tatsache, dass unser Land eine lange Friedenszeit hinter sich hat und eine fleissige Bevölkerung aufweist, deren enge Verflechtung mit der Weltwirtschaft zu verdanken ist. Wir müssen uns daher ganz klar sein, dass die Schweiz diese Vorzugsstellung verlieren würde, wenn sie in einem grösseren Wirtschaftsgebilde aufgehen würde, und dass die Folgen alle Kreise der Bevölkerung treffen müssten.

Die Schweiz hätte in einem Wirtschaftsgrossraum, der sich selbst genügen soll, auch alle Nachteile der Autarkie in Kauf zu nehmen. Sie bestehen im Verzicht auf manches, das wir uns bisher durch unsere Arbeit für die Weltwirtschaft verschaffen konnten, und in einer Angleichung an die hohe Preisebene, wie wir sie seit mehreren Jahren in Deutschland und den ihm angeschlossenen Volkswirtschaften des Südostens feststellen können. Dabei wären die Folgen der Abschliessung gegen aussen für unser Land sicher schwerwiegender als für Deutschland oder Italien, die schon für sich grosse Wirtschaftsgebiete darstellen. Manche unserer Industriefirmen, ja vielleicht ganze Industrien, könnten in einer Grossraumwirtschaft gegenüber den Grossfirmen derselben Branche nicht mehr bestehen oder müssten an günstigere Standorte abwandern. Von der Landwirtschaft wollen wir gar nicht reden, die ihre heutigen Einkommen sicher noch weniger behaupten könnte als die Industriebevölkerung.

Eine wesentliche Senkung des Standards der Lebenshaltung, an den sich die schweizerische Bevölkerung seit

Jahrzehnten gewöhnt hat, wäre die unumgängliche Folge einer Preisgabe unserer wirtschaftlichen Unabhängigkeit.

Sodann ist es wohl kein Geheimnis, dass eine europäische Grossraumwirtschaft, wie sie jetzt propagiert wird, einen politischen Hintergrund hat. Sie ist gedacht als Mittel der Kriegführung, um die britische Blockade zu durchkreuzen. Ob sie nach dem Kriege, falls diese Pläne dann weiter verfolgt werden, einen andern Sinn bekommt oder der Fortsetzung des Krieges mit andern Mitteln dient, muss erst noch abgewartet werden. Ein Land, das, wie die Schweiz, nicht in die Händel der Grossmächte hineingezogen werden will, muss daher die Finger lassen von solchen Projekten. Es muss dies auch tun, um seine politische Selbständigkeit aufrecht zu erhalten. Denn

die wirtschaftliche Unabhängigkeit

ist eng verbunden mit der politischen, ja sogar ihre Voraussetzung. Das Beispiel jener europäischen Staaten, die sich wirtschaftlich ganz in den Bann einer Grossmacht begeben und sich damit auch politisch preisgegeben haben, lockt sicher nicht zur Nachahmung.

Es ist damit zu rechnen, dass man versuchen wird, die Eingliederung der Schweiz in eine europäische Grossraumwirtschaft damit schmackhaft zu machen, dass von einer «Neuordnung der Wirtschaft» gesprochen wird, die einen antikapitalistischen Charakter haben soll. Schon jetzt hört man häufig das Argument, dass die deutsche Volkswirtschaft sich auf die Arbeit gründe, statt auf Gold. Man spricht sogar von einer neuen Währung von neuen Methoden des Zahlungsverkehrs usw. Es würde zu weit führen, im Rahmen dieses Aufsatzes alle diese Schlagworte einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Es genügt aber, darauf hinzuweisen, dass die Werte, die in unserer schweizerischen Volkswirtschaft geschaffen wurden und heute geschaffen werden, sich ebenfalls auf die Arbeit gründen, und dass das Gold, das unsere Nationalbank beherbergt, nur eine bestimmte Form von wirtschaftlichen Reserven darstellt. Am Charakter der Volkswirtschaft wird dadurch gar nichts geändert. Uebrigens ist es interessant, dass Deutschland in allen Ländern, die es erobert hat, die Goldvorräte nicht etwa verachtet, sondern sofort mit Beschlag belegt und im Interesse seiner Wirtschaft verwendet hat. Es ist auch unlängst offen von deutschen Wirtschaftsführern ausgesprochen worden, dass das Gold in einem künftigen Europa zum Ausgleich im internationalen Zahlungsverkehr Verwendung finden werde. Eine andere Aufgabe übt es auch heute in unserer Volkswirtschaft nicht aus. Man muss sich daher hüten, auf solche Schlagworte hereinzufallen, die nichts anderes als ein Propagandamittel darstellen, das freilich recht geschickt verwendet wird.

Man kann das Problem der Stellung der schweizerischen Volkswirtschaft im heutigen Europa betrachten von welcher Seite man will; es lässt unseres Erachtens keinen andern Schluss zu als

den, den wir auf geistigem und politischem Gebiet schon gezogen haben: **Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit mit allen Mitteln.**

Das kann aber nicht bloss eine platonische Erklärung sein. Wenn wir die Unabhängigkeit wollen, müssen wir auch

alle Konsequenzen übernehmen

wollen, die diese Unabhängigkeit erfordert. Genau wie der Wille zur politischen Selbständigkeit voraussetzt, dass man auch die Mittel und Opfer zur Verteidigung dieser Selbständigkeit zu übernehmen bereit ist, so hat das Bekenntnis zur wirtschaftlichen Selbstbehauptung nur einen Wert, wenn wir den Einsatz dafür wagen. Was bedeutet das? Das heisst, dass unser Volk auch dann an der wirtschaftlichen Unabhängigkeit festhalten müsste, wenn es einmal einem wirtschaftlichen Druck ausgesetzt würde. Schon die bisherige Entwicklung zeigt ja, dass wir möglicherweise vom Weltmarkt zeitweise abgeschnitten werden. Es wäre denkbar, dass die Abschnürung von der Einfuhr und die Unterbindung der Ausfuhr dazu benutzt würden, um von unserem Volk gewisse Konzessionen zu erlangen. Dann käme es darauf an, zu zeigen, dass uns die Unabhängigkeit teurer ist als eine bessere Lebensmittelversorgung und eine warme Stube.

Wir müssen dem Schweizervolk die Opfer zumuten, die zur Behauptung unserer wirtschaftlichen Unabhängigkeit erforderlich sind. Es soll niemand glauben, dass diese Opfer vermieden werden könnten, wenn wir unsere Selbständigkeit preisgäben. Wir kennen das Schicksal jener Völker, die ihre Freiheit verloren haben. Sie alle sind heute weit schlimmer dran als wir. Sie haben viel grössere Opfer auf sich nehmen müssen und sind wahrscheinlich erst am Anfang ihrer Leiden. Preisgabe hiesse somit vermehrte Opfer und Kampf unter enorm viel schwereren Bedingungen.

Es werden gegenwärtig Vorbereitungen getroffen, um aus unserem Boden möglichst viel Nahrungsmittel hervorzubringen. Fachleute erklären uns, dass es möglich sei, unsere Bevölkerung aus dem eigenen Boden zu ernähren, freilich nicht so wie heute, sondern mit sehr vielen Einschränkungen und Umstellungen. Mit einer «Anbauschlacht» soll eine grosse Vermehrung der Ackerbaufläche erzielt werden. Man spricht vorläufig von 50,000 Hektaren, eventuell sollen es aber noch wesentlich mehr sein. Diese Pläne sind aber nur durchführbar unter gewaltigem Einsatz von Arbeitskräften. Es werden, wenigstens vorübergehend, Tausende und Zehntausende von Arbeitskräften, die bisher anderswo tätig waren, in der Landwirtschaft eingesetzt werden müssen.

Bedeutend schwieriger noch ist es, die industrielle Produktion ohne Zufuhren fortzusetzen, da unser Land bekanntlich mit Rohstoffen nur ganz spärlich versehen ist. Aber im Notfall könnte auch die Industrie einige Zeit durchhalten und sich zum

Teil mit Ersatzstoffen und Altmaterial behelfen, zum Teil auch sich auf andere Produktion umstellen. Alles das ist nicht ohne grosse Entbehrungen und Opfer möglich. Allein wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg.

Wir sind überzeugt davon, dass unser Volk seine wirtschaftliche Selbständigkeit auch unter erschwerten Verhältnissen behaupten kann, wenn es will. Nicht die Vorräte an Getreide und die Rohstoffvorkommen entscheiden letzten Endes darüber, sondern die Willenskraft des Volkes. Sorgen wir daher dafür, dass in allen Landesgegenden und in allen Bevölkerungskreisen die Parole fest verankert ist: Wir werden standhalten, komme, was da wolle. Wer die Unabhängigkeit der Schweiz antastet, wird auf Granit stossen.

Europäische Grossraumwirtschaft?

Von Georg Keller.

Noch ist dieser Krieg nicht beendet. Wir stehen noch in Mitte eines gewaltigen Kampfes, der das Schicksal Europas für Jahrzehnte bestimmen wird. Auch niemand kann die Entwicklung der Ereignisse der nächsten Zeit voraussehen. Und doch beschäftigt man sich schon jetzt mit den Problemen der künftigen wirtschaftlichen Gestaltung Europas. Es soll ein europäischer Wirtschaftsblock unter Führung der Achsenmächte gegründet werden. Bevor wir zu diesem Problem Stellung nehmen, ist es wichtig, den wirtschaftlichen

Zweck des gegenwärtigen Krieges

zunächst hervorzuheben.

Als das Deutsche Reich begründet wurde, waren die wertvollsten Kolonialgebiete schon in festen Händen. Der Schöpfer des Deutschen Reiches, Bismarck, legte zunächst keinen besonderen Wert auf den Eintritt Deutschlands in die Reihe der Kolonialmächte. Erst mit dem industriellen Aufschwung Deutschlands vollzog sich ein Wandel in der Auffassung über die Notwendigkeit der Kolonien.

Noch bis in den Anfang der siebziger Jahre war Deutschland ein Agrarstaat und führte Getreide und Vieh aus. Zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts bedurfte es hingegen der Einfuhr von Lebensmitteln für ein Sechstel seiner Bevölkerung. Die starke Entwicklung der Industrie erforderte eine beträchtliche Einfuhr von Rohstoffen, die vorwiegend aus Uebersee kamen. Die eingeführten Lebensmittel und Rohstoffe mussten bezahlt werden. Es entstand daher ein Zwang zur Ausfuhr von Fabrikaten. Der schnelle Uebergang vom reinen Agrarstaat zum Industriestaat bewirkte auch